



NEUES AUS DEM ROTEN RUCKSACK

Newsletter der Landtagsabgeordneten Dörte Liebetruth

28.11.2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

hier kommen wieder Neuigkeiten aus meinem roten Rucksack, dieses Mal mit einem Schwerpunkt auf der Energiewende: In der vergangenen Woche war die Zukunft der Windenergie eines der bestimmenden Themen im Landtagsplenum. Unser Ministerpräsident Stephan Weil hat in einer Regierungserklärung deutlich gemacht, dass es keinen Klimaschutz ohne erneuerbare Energien geben wird und dass wir um die Arbeitsplätze in der niedersächsischen Windenergie kämpfen müssen (mehr dazu auf Seite 2).

Wie der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien gelingen kann, stand neulich im Mittelpunkt einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die ich nach Langwedel geholt hatte. Im Gespräch mit unserem Kreisverordneter Landrat Peter Bohlmann, Emily Karius von Fridays For Future und den Interessierten aus der Region wurde mir der Wunsch mit auf den Weg gegeben, den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien zu beschleunigen, der bisher für das Jahr 2050 geplant ist. Mit einem von mir initiierten Beschluss der SPD-Landtagsfraktion zum Vorrang des Trinkwasser- und Gesundheitsschutzes vor der Erdgasförderung ist vorgestern eine Anregung aus meinem roten Rucksack aufgegriffen worden. (Mehr auf S. 4)

Im Landtagsplenum in der letzten Woche haben wir darüber hinaus das Tariftreue- und Vergabegesetz geändert. Themen waren außerdem der Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen im Krankenhaus und die Förderung der kulturellen Vielfalt in Niedersachsen. Last but not least konnte ich mich wieder über Besuch aus der Heimat im Landtag freuen! Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen. Rückmeldungen und Anregungen nehme ich gern entgegen.

Dörte Liebetruth

NEUES RUND UM DEN LANDTAG

WINDENERGIE ALS CHANCE

Nach den erschreckenden Nachrichten von dem massiven Stellenabbau bei Enercon hat unser Ministerpräsident Stephan Weil deutlich gemacht, dass es mit ihm kein Ende der Windenergie-Branche in Niedersachsen geben wird. Um das Klima zu schützen, Arbeitsplätze zu sichern und die Energiewende als Chance zu nutzen, müsse Niedersachsen als Windenergieland Nummer 1 Vorreiter bleiben. Stephan Weil stellte einen 10-Punkte-Plan für einen Neustart der Energiewende vor. Abrufbar ist der 10-Punkte-Plan unter:

https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/der_ministerpraesident/reden-und-beitraege-von-ministerpraesident-stephan-weil-96274.html



BESUCH AUS DER HEIMAT

Einen Landtagsbesuch von 65 Schülerinnen und Schülern der **Schule am Lindhoop** hatte der Kirchlintelner Verein **emforce** organisiert. Vielen Dank dafür! Nach einer aktuellen Stunde im Plenum trafen wir uns zum Gespräch. Mit großem Interesse stellten die Schülerinnen und Schüler Fragen und sagten ihre Meinung zu Themen wie dem Bau eines Radwegs entlang der L171, dem Arbeitsalltag einer Landtagsabgeordneten, aber auch zur Förderung der politischen Bildung bei Jugendlichen.



GENERATIONENGERECHT

In einer Landtagsrede zu einem FDP-Gesetzentwurf habe ich deutlich gemacht, dass generationengerechte Politik viel mehr braucht als nur Schuldenabbau: Nämlich Zukunftsinvestitionen, wie sie die SPD-geführte Landesregierung umsetzt. Mit einem Landtagsbeschluss vom Juni 2019 haben wir zum Beispiel den Wohnraumförderfond um 400 Millionen Euro aufgestockt, mit dem Landeshaushalt 2019 die Mittel zur Sanierung der Radwege entlang von Landesstraßen von 5 auf 10 Millionen Euro im Jahr immerhin verdoppelt und die Landesförderung für Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur seit 2018 auf 150 Millionen jährlich erhöht. So bauen wir den von der FDP mitverursachten Investitionsstau ab, der für junge Menschen sonst teuer würde.



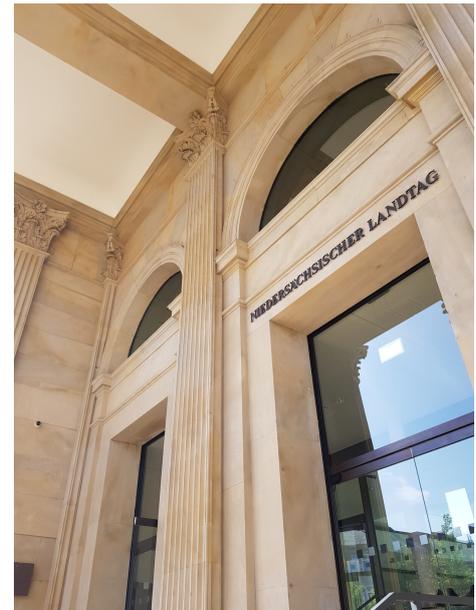
NEUES RUND UM DEN LANDTAG

Weniger Plastikmüll:

Auf Antrag von SPD und CDU hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, den EU-Richtlinienentwurf für ein Verbot von Einwegkunststoffartikeln zu unterstützen, für die bereits Alternativen in anderen Materialien verfügbar sind wie beispielsweise Wattestäbchen, Besteck, Teller und Trinkhalme. Außerdem werden wir in Niedersachsen den Plastikverbrauch in den Landesbehörden und der Landesregierung reduzieren.

TARIFTREUE UND VERGABE

Das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz soll einen fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gewährleisten, sowie die umwelt- und sozialverträgliche Beschaffung durch die öffentliche Hand fördern. Wir haben es nun geändert, um es an geändertes Bundesrecht anzupassen, Landesvergabevorschriften für Zuwendungsempfänger (zum Beispiel Sportvereine und Privatpersonen) zu harmonisieren und Kommunen durch die Anhebung des Eingangsschwellenwertes zu entlasten. Das Gesetz gilt nun für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen über Liefer-, Bau- oder Dienstleistungen und für Rahmenvereinbarungen ab einem geschätzten Auftragswert von 25 000 Euro.



Kulturelles Leben besser fördern:

Wir haben ein vielfältiges kulturelles Leben in Niedersachsen. Um dieses noch besser zu fördern, haben wir die Landesregierung aufgefordert, Verfahren zur Förderung des kulturellen Lebens unbürokratischer zu gestalten, einen digitalen Atlas für alle Denkmäler in Niedersachsen aufzubauen, die Soziokultur im Zusammenspiel mit den anderen Kulturakteuren und -sparten an den unterschiedlichen Orten weiterzuentwickeln sowie die Förderung von Musikfestivals zu verbessern.

GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

Beim Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates habe ich Ende Oktober in Straßburg zum zweiten Mal das Land Niedersachsen vertreten dürfen. Dort habe ich auf unseren niedersächsischen Landtagsbeschluss vom März 2019 "Europa-Chancen für alle jungen Menschen" aufmerksam gemacht. Europäische Jugendbegegnungen verbessern die Zukunftschancen für junge Menschen. Es freut mich, wenn andere Regionen in eine ähnliche Richtung arbeiten wie wir!



Foto: CoE

NEUES AUS DER REGION



AUF DEM WEG ZU 100% ERNEUERBARER ENERGIE

Wie kann in Niedersachsen eine zu 100% aus erneuerbaren Energien stammende Energieversorgung erreicht werden und welche Chancen bietet dies für Niedersachsen? Unter dieser Fragestellung fand am 12. November in Langwedel eine von mir angeregte und moderierte Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung mit unserem Kreisverordneter Landrat Peter Bohlmann und Emily Karius von „Fridays For Future Verden“ in Langwedel statt. Viele Interessierte Bürger beteiligten sich an der regen Diskussion im gut gefüllten Raum. So ging es um den Abbau der Hemmnisse bei der Installation von Solarmodulen und Windkraftanlagen, die Klimaschutzagentur des Landkreises, die Förderung von Bürgerenergieprojekten und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Mir wurde der Wunsch mit in den roten Rucksack gegeben, den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien zu beschleunigen, der bisher in Niedersachsen für das Jahr 2050 geplant ist



ERDBEBEN: KONSEQUENZEN ZIEHEN!

Aus meiner Sicht spricht alles dafür, dass der Grund für die aktuellen Erdbeben in unserer Region wie in der Vergangenheit wieder die Erdgasförderung ist. Es reicht. Es müssen endlich Konsequenzen gezogen werden! Über Parteigrenzen hinweg gilt es deswegen auf Landes- und Bundesebene noch mehr Druck zu machen, damit – wie einstimmig von uns im Verdener Kreistag beschlossen – die Erdgasförderung in unserer dicht besiedelten Region um Bremen bald der Vergangenheit angehört. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist ein von mir initiiertes Beschluss der SPD- und der CDU-Landtagsfraktion, wie der Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes vor der Erdgasförderung durchgesetzt werden soll. Die Landesregierung wird aufgefordert, zeitnah wirksame Maßnahmen vorzulegen, wie die Bevölkerung künftig vor Erdbeben geschützt werden soll. Mir kam es zum einen darauf an, dass die Landesregierung eine Vervielfachung des bisher viel zu geringen Mindestabstands von 100 bis 200 Meter von Erdgasförderstätten zur Wohnbebauung prüft. Im Entschließungsantrag fordern wir von der Landesregierung zum anderen eine Initiative mit dem Ziel, die Sicherheit aller bestehenden Erdgas- und Erdölbohrplätze zu erhöhen, für ein repräsentatives Monitoring der dort entstehenden Emissionen zu sorgen und die Messwerte öffentlich zugänglich zu machen. Dafür haben Kreisverordneter und Kreisrotenburger Bürgerinitiativen in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie und mir schon Vorarbeit geleistet. Mich freut es sehr, dass wir auch beschlossen haben, die Landesregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesberggesetzes in den Bundesrat einzubringen. Er soll darauf abzielen, Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle Erdgasbohrungen unabhängig von der Fördermenge zu erreichen und eine Öffentlichkeitsbeteiligung vor der Erteilung von Erlaubnissen zur Aufsuchung von Erdgas oder Erdöl verpflichtend zu machen. Was ein generelles Verbot der Erdgasförderung in Wasserschutzgebieten angeht, bleibe ich dran. Hier bleiben dicke Bretter zu bohren.